

Die Rote Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Ausgabe für den Monat frei Haus 2 RM (halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Aufschlagsgebühr) / Verlag: Arbeiterszamme, Dresden-2 / Geschäftsfeste und Expedition: Arbeiterszamme, 2 / Fernpreis-Sammelnummer 14191 / Postgeschäftsamt Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel 100; Abrechnung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernpreis: Alte Dresden Nr. 17259 / Drohanschrift: Arbeiterszamme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Ausgabe für die neunmal gesetzte Sonntagszeitung oder deren Raum 0,20 RM, für Familienangelegenheiten 0,20 RM, für die Arbeitszeit ansonsten an den dreigespaltenen Zeitteileinheit 1,25 RM. Einzelne Annahme bis 4 Uhr nachmittags in der Redaktion Dresden-2, Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterszamme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Gewalten besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Jahrgang

Montag, den 18. Oktober 1926

Nummer 232

Die sächsische KPD in der Polizeifront

Nur einigen Tagen veröffentlichten wir die Mitteilung über Maßnahmen des sozialdemokratischen Polizeipräsidiums zur Wahl in Sachsen. Diese unerhörten Maßnahmen allein das Vor gehen manches wilhelminischen Polizeipräsidiums im Schatten. Sie bedeuten praktisch die Verhängung des einen Belagerungsstandes und die Aufruhrstirke der verungemüthigten gewalttätigsten Verhandlungsfestheit.

Die KPD erachtet gegen diese Bestimmungen den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter für notwendig. Die Bestellung der KPD richtete deswegen an den Bezirksvorstand der SPD folgendes Schreiben:

Sehr geehrte Herren!
Bezirksvorstand der SPD Sachsen
und am Ortsausschuss des ADGB

Dresden,

Werte Genossen!

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Sachsen, hat zu den Mitteilungen des Herren Kühn über das Verhalten der Polizei im Wahlkampf Stellung genommen. Die Kommunistische Partei steht in den angebrochenen Maßnahmen des Polizeipräsidiums in keiner Bescheidung der Wahlkampf, ist allein gegen die Organisationen der Arbeiter eingesetzt. So bedarf einer näheren Begründung, daß die angebrochenen Maßnahmen des Polizeipräsidiums von reaktionären Kämpfern durchgeführt werden, die auf Grund der politischen Einstellung ganz selbstverständlich nur gegen die Arbeiterorganisationen vorgehen.

Mit glauben, daß die politischen Parteien und die Gewerkschaften der ländlichen Arbeiterschaft schuldig sind, ihre Wähler und Wähler vor jenen Angriffen und Überfällen zu schützen, die sich ergeben müssen, wenn es den aufrechten Polizeiorganen überlassen bleibt:

1. gegen den Willen der Versammlungsvorstände in Versammlungen einzutragen;
2. in den Versammlungen der Arbeiter das Servieren zu verbieten und Galerien usw. abzusperren;
3. Propagandakontrollen willkürlich anzuhalten und zu durchsuchen.

Mit aller Energie müssen die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter dagegen protestieren, daß „das Auftreten von maskierten Personen... in der Uniform des alten Regimes, Transparenten und Pappern vollständig unterdrückt“ soll. Es ist ein unerhörter Verstoß des Polizeipräsidiums, dessen leichte Verbot mit der Redensart zu begründen, daß durch eine detaillierte Agitation und Propaganda die „Gefühle“ Andersartiger verlegt werden“ und daß über die Gefäßverteilung allein die reaktionären Offiziere es herreisen können, um den Willen entscheiden sollen.

Die Kommunistische Partei ist der vollen Überzeugung, daß die überwiegende Mehrheit der Schauspieler und Künstler in Dresden und die gesamte Dresdner Arbeiterschaft keine Reibereien und Zusammenstöße untereinander wollen. Diese Zusammenstöße werden durch die Anordnungen des sozialdemokratischen Polizeipräsidiums direkt provoziert, weil ja nicht die Schauspieler, sondern die reaktionären Offiziere die kleine Ausführung dieser Anordnungen, und zu beweisen haben, wann sie angewendet werden sollen.

Die Kommunistische Partei schlägt der SPD und dem Ortsausschuss des ADGB vor, bis Sonntag, den

17. Oktober 1926, eine Besprechung anzubringen und dort gegen das Willkürregiment des Herrn Kühn Prothesnahmen festzulegen. Wir legen praktisch vor: daß KPD, SPD und Ortsausschuss des ADGB in den ersten Tagen der kommenden Woche eine große Kundgebung der Dresdner Arbeiter auf einem zentral gelegenen Platz zusammenzutun und dahinter die Reden der KPD, der SPD und der ADGB gegen die Verhängung des kleinen Belagerungsstandes in Sachsen protestieren.

Wie erwarten von Euch umgehend eine Stellungnahme und Benachrichtigung, was Ihr zu tun gedenkt.

Mit großer Freude

Dresden, 16. Oktober 1926.

Bezirksleitung der KPD Sachsen,
J. H. M. Schneider.

Die KPD hat auf dieses Schreiben unter dem 16. Oktober wie folgt geantwortet:

An die

Kommunistische Partei, Bezirk Sachsen,

Dresden - A.
Columbiustr. 2

Werte Genossen!

Wir haben von Ihnen Schreiben, die Polizeimaßnahmen des Dresdner Polizeipräsidiums Kühn betreffend, Kenntnis genommen. Da alle unsere Vorstandsschädel mit Wahlarbeiten außerordentlich beschäftigt sind, können wir leider insofern der kurzen Zeit keine Vorankündigung unserer Partei einberufen.

Wir weisen Sie aber darauf hin, daß unsere Partei durch unsere Abgeordneten im Landtag und neuerdings durch den Geistlichen Krieg im Dresdner Stadtverordnetenkollegium mit aller Klarheit und Deutlichkeit ihre Stellungnahme zu den Maßnahmen der Polizei dargelegt hat. Außerdem werden wir in den bevorstehenden Wahlversammlungen, insbesondere in unseren großen Wahlkundgebungen im Zirkus, gegen die Maßnahmen des Dresdner Polizeipräsidiums protestieren. Aus diesen Gründen halten wir die von Ihnen angeregte gemeinsame Kundgebung nicht für notwendig.

Mit sozialistischem Gruß

W. Sander

Die SPD-Führerschaft lehnt die einzige wirklichen Maßnahmen gegen die Polizeiwillkür, die Kundgebung des gesamten Proletariats ab, ob. Die platonischen Proteste in den SPD-Versammlungen ändern an der Tatsache des Verlustes des Verlammungstextes gar nichts.

Die SPD-Führer haben sich mit der Ablehnung des KPD-Angebotes praktisch in die Polizeifront eingeteilt. Wie sich die Polizeimaßnahmen auswirken, zeigt schon eine Versammlung in Zwickau, wo auf einige Zwischenfälle gegen einen KPD-Kämpfer die Polizei eingriff und die nicht zu dem Redner stehenden Bevölkerung brüderlich mit dem Gummizylinder herauswarf. So benutzt die KPD die Anordnungen, um jede Brandmarierung ihrer Haltung zu unterbinden. Die SPD-Führer unterstützen diese Haltung durch die Ablehnung einer Protesation.

Die SPD-Arbeiter werden mit diesem Verhalten wohl kaum einverstanden sein.

Die Arbeiter können daraus aber schon entnehmen, wo die SPD-Führer nach der Wahl stehen werden.

Erlämpfen oder erlisten

Die „Linke“ haben sich zu einer „Auseinandersetzung“ mit den „Rechten“, den 23, einen Hamburger, Richard Wittich, verpflichtet, der am Sonnabend gegen die 23 den „Kampf“ eröffnet und den „grundlegenden Unterschied“ zwischen SPD und KPD nachweisen soll. Der Mann hat aber entschieden Viech. So sehr wie er sich gibt, eine Trennungslinie zu ziehen, so sehr er sich in die Historie begibt, es gelingt ihm nicht. Er weiß noch, daß die Politik der SPD praktisch die Politik der 23 ist.

Da die „Linke“ im Innern ihres Herzens zur gleichen Politik stehen, haben sie das nicht gemacht und den Artikel als „revolutionäres Dokument“ abgedruckt.

Die Dreißigzwanzig begeben einen schweren Fehler, sagt Wittich, sie wollen erlösen, was man erlämpfen muß. Zum Beweis führt er Lassalle und Bismarck an. Dabei vergibt er, daß nicht nur Sozialer Bürger, sondern auch Lassalle selbst in Verhandlungen mit Bismarck bereit waren. Ein Verdienst Lassalles bleibt nur unbestritten, das ist, dem Proletariat eine eigene Partei gelassen zu haben.

Wer aber kennt Wittich so, aus von den 23? Will er einen entschlossenen Klassenkampf, will er den Sturz des Kapitalismus, will er die Revolution? Kein Wort davon; der einzige Vorschlag, den er erhebt, ist der, die 23 gehen zu weit in ihrem Programm der nationalen Einigung. Sie werden dadurch nicht der Schutz der Nation. Über die Arbeiterschaft muß der Trotziger der Nation sein. Unter dieser Nation versteht Wittich keinen Zweck des Kaiserstaates der Arbeiter, sondern die bestehende „demokratische Republik“. Er ist zur Koalitionspolitik bereit wie die 23, denn er schreibt:

Auch dort, wo die Machtverhältnisse dazu nötigen, in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien die Gewalt zu teilen, muß die Arbeiterschaft unter allen Umständen durchsetzen, daß ihre Klassenschicht gewahrt, ihre Lebensinteressen, die die Zukunft der Nation einschließen, nicht vergewaltigt werden. Hinsichtlich der Sozialdemokratie anders, so gibt sie ihre gleichliche Aufgabe preis, sie entnekt das Proletariat, macht es unvermögend, in entscheidenden Situationen der Nation zu dienen“.

Also die Nation steht im Vordergrund, nicht die Klasse, das sagen die Nietzsches und Bethles auch. Das zeigt die SPD in Preußen durch ihre Haltung bei der hohenzollernabschaffung.

Was für die ländlichen Arbeiter aus diesem Artikel der „Linke“ Freude das Wohlentliche ist, das ist das grundlegenden Beurkundnis zu der Politik, wie sie von den 23 betrieben wird. Wo nun die politischen Unterschiede liegen, das weißt Wittich zu sagen. Dafür erzählt er alle möglichen und unmöglichen historischen Märchen und Phrasen. Worin nun ein Unterschied besteht, wissen die Arbeiter nach der Durchleseung des Artikels sicher nicht. Das einzige sind ein paar Phrasen. Die grundlegenden Einstellung der SPD zur Koalitionspolitik wurde an anderer Stelle von zwei prominenten Sozialdemokraten ausgesprochen. In Hamburg sprach Scheidemann und erklärte sich für die Teilnahme an der Regierung. Er sagte, es sei ein Fehler, daß die Sozialdemokraten von 23 Monaten ab Wahlen außerhalb der Regierung gehangen hätten. In Magdeburg sprach ein anderer Prominenter, Hermann Müller. Die Sozialdemokratie sei zur Mitverantwortung bereit; allerdings kommt es darauf an, daß die Zusammenarbeit nicht in zwei oder drei Monaten wieder gesprengt werde. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei kein einziger grundlegender Gegner der Koalitionspolitik zu finden.

In dieser Reichstagsfraktion gehören die Flechner, Sender, Seppelt, Schirmer usw., also alles jüdische „Linke“. Das Werkstück bleibt aber das allgemeine Bekennen zur Koalition. In dieser Koalition finden sich auch die Arzt und Liebmann bereit. Während die Bethle und Heldt heute schwer aussprechen, was sie wollen, warnen die „Linke“ darauf, daß sie nach den Wahlen eine Situation bekommen, in der sie den Arbeitern erklären können, die Verhältnisse zwangen sie in die Koalition.

Die ländlichen Arbeiter wollen den Kapitalismus schlagen, den Bürgerblock treffen. Dann müssen sie alle offenen und verdeckten Freunde des Bürgerblocks schlagen.

Die Taten und Handlungen der KPD sind bekannt genug. Kein Arbeiter wird die bürgerliche Wahlpropaganda der KPD glauben. Über die Arbeiter müssen verhindern, daß die SPD-Führer nach den Wahlen die gleiche Politik betreiben, daß sie denselben Weg marschieren. Wollen die Arbeiter den Bürgerblock schlagen, darüber müssen sie sich klar sein, dann müssen sie den Einfluß der SPD brechen. Wie die Politik dieser SPD aussieht, zeigt ja wieder nebenstehendes Beispiel. Die SPD-Führer wollen keinen Kampf, keinen Einfall der Massen, keine Majorität, sondern Tüchtigkeit. Diese Führer aber stellen sich praktisch in die Polizeifront mit Kühn. Sie werden in ihren Versammlungen ein paar Phrasen dagegen sprechen, aber sich sonst zufrieden geben.

Auf die telefonische Anfrage, wie die SPD-Führer sich zu dem Vorschlag unserer Beiträge stellen, wurde von diesen erklärt, daß es jetzt doch keinen Zweck mehr habe, gegen die einmal befehlende Tatsache etwas zu unternehmen.

Das ist der „Kampf“ der SPD-Führer, den Wittich bei den Rechten vermisst. Die Arbeiter müssen sich klar sein: Weder

Die Monarchie demonstriert

Hindenburg — Gehler und Prinz Oskar besuchen die Königstreue

Berlin, 18. Okt. (Sig. Drath.) Am Donnerstag stand die Beilegung des früheren Generalschefs der Heertruppe statt. Sozusag ging eine Totenseiter, die vom Reichsregierungsbund aufgefordert, deren Präsident der Reichsverteidigung gewesen ist, arrangiert war. Die Kavalleriebrigade, die den Preußenveteranen vom Reichsregierungsbund übergeben wurde, begann: Reichspräsident Generaloberst von Hindenburg, Prinz Oskar von Preußen in Vertretung des Kaisers, Reichswehrminister Dr. Gehler. Der Reichspräsident war als „Privatmann“ erschienen, denn an seinem Auto saß die Reichspräsidentenstandarte; außerdem trug er hier die Generalstabsmarschalluniform die Schärpe des Hohenholzbergs und des Kreuzes des Hohenholzbergs. Er kam unmittelbar neben dem Vertreter des Kaisers. Die Reichspräsidenten ließ sie die Mütze.

Die Arbeiter haben wieder eine neue Demonstration über den Charakter der Republik erhalten. Die Beerdigung eines Generalen wird den Monarchen zur Kundgebung für die Monarchie ausgenutzt. Der Präsident der Republik verschwirrt an der Spitze mit dem „Vertreter des Kaisers“. Er kommt als „Privatmann“, er lädt die Standarte fort und verzerrt sich dadurch im Handumdrehen aus einem republikanischen Präsidenten in einen monarchistischen Offizier. Die Reichswehr stellt eine Ehrentompagnie. Es wurde einmal ein Erlass herausgegeben, daß Reichswehr an monarchistischen Kundgebungen nicht teilnehmen dürfe. Der Erlass gilt aber höchstens, was gegen die Monarchien getan wird. Der Präsident kann demonstrieren, daß solche Erlassen nicht ernst zu nehmen sind.

In der Totenseiter nahmen auch Fahnendelegationen der Kriegervereine teil, die auf Ihren Schwarz-welz-rot Fahnen die Fahnentitel „Mit Gott für König und Reich“ und Gott König und Vaterland“ trugen. Unter diesen Fahnen

Für die hohenzollern — gegen die englischen Bergarbeiter

Gehner verbietet Sammlungen der IUS.

Halle, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Landeskonsistorialausschuß Halle-Merseburg der IUS hatte den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Grüninger erlaubt, Sammlungen für die englischen freirenden Bergarbeiter zu demonstrieren. Jetzt, seit Wochen später, lädt Grüninger durch den preußischen Staatsminister für die Regelung der Wohlfahrtsangelegenheiten der in drei Schichten der deutschen Bevölkerung herrschenden Rollage die Jalousie umfangreicher öffentlicher Sammlungen zugunsten von Ausländern nicht vertretbar erheben.

Genosse! In dieser Woche wird mit verstärkter Kraft für Partei und Presse!

Arbeiter Sport

Fußball

DSS - Cotta 2:1 (0:0).

In technischer Beziehung waren sich beide Mannschaften gleichwertig. Die Niederlage der Cottauer war also eine ehrenvolle.

Potschappel - Helios 3:2 (1:1).

Ein an Abwechslung und Spannung reichendes Spiel, aber immer in erlaubten Grenzen kam dieses zur Durchführung. Helios' Verteidigung hatte einen seiner schlichtesten Tage.

Heldensport - Spielvereinigung 0:4:0 (1:0).

Die Cottauer traten mit 10 Mann an, spielten auch rechtlich zufrieden. Unwürdig verlor der Ausgang des Spiels - drei Mann von 02 machten sich hinter die Barrikade begeben, der vierte Mann ging auf eigene Rechnung und Gefahr. Am Schluss protestierte noch der Vertreter.

BVB Alte - Neustadt 5:3 (3:1).

BVB ist auf eigenen Blas ein schwerer zu folgender Gegner, das musste zu seinem Leidwesen auch Neustadt erfahren. Nicht weniger als drei Handelsmeier hielten, das Resultat auf diese Höhe zu bringen. Dessen wurden Neustadt zwei und dem BVB einer zugesprochen.

Schachwitz - Radebeul 5:0 (4:0).

Schachwitz sehr stark und gut am Ball.

Sportverein 01 - Eintracht 3:2.

Der Vier von 01 läuft kein Spiel von technischen Feinheiten ab.

Deuben - Lößnau 4:2 (0:2).

Ausgeglichenes Spiel. Lößnau technisch besser. Durch Herausstellen zweier Spieler und eines Unglücksfalls verlor Lößnau.

Pließen - "Jahn" Mittweida 5:2 (2:0).

"Jahn" erlitten mit Gesetz und nur 10 Mann. Den "Jahn"-Toren ist es zu denken, daß die Niederlage nicht noch eine höhere wurde.

Rammenz - 1885 2:4.

Die technisch besseren 1885 gewannen verdient.

Wurgwitz - Zauderode 3:3 (3:2).

Wurgwitz war seinen Gästen in technischer Beziehung überlegen, konnte nach wenigen Minuten im Führungsgehen. 3. beim "Jechs" Schmetter jüngstes, drei davon wurden verwandelt.

Cossebaude - Bernsdorf 2:2 (1:2).

Bernsdorf gut in Schwung, fand die erste Hälfte für sich entscheiden. Nach der Pause gab Cossebaude den Ton an.

Bammendorf - Kleinnaundorf 3:6 (3:2).

Burg - BVB 12 3:1 (2:1).

Heidersdorf - Dohna 1:2; DVB 15 - Cossebaude 5:1.

Untere Mannschaften. Dippoldiswalde 1 - Weißig 2 5:1; Lößnau 5 - Schmöckwitz 1 14:0; Lößnau 2 - Helios 2 2:3; DVB 3 - Lößnau 3 2:3; Neustadt 3 - Pirna 3 3:1; Cossebaude 2 - Kötzschwitz 2 2:1; Cotta 2 - Döhlen 4 7:1; Cotta 4 - Borsig 3 0:2; Borsig 2 - Döhlen 4 0:0; Radebeul 4 - Sörnewitz 4 6:3; Radebeul 3 - Spielvereinigung 0:3 1:2; BVB 1 - Schachwitz 2 3:1; Kleinnaundorf 3 - Döhlen 3 3:2; Kleinnaundorf 2 - Döhlen 2 0:2; DVB 3 - Lößnau 3 2:3; Potschappel 3 - Burg 2 5:1; Deuben 2 - Potschappel 2 2:2; BVB 2 - Schachwitz 3 3:4; Pließen 3 - Süd 2 4:2; Pließen 2 - Süd 1 6:1; Freital 1 - Lößnau 1 0:0; DVB 4 - Schachwitz 2 6:0.

Pirna 1 - Sörnewitz 1 6:2 (4:1).

Pirna war technisch besser. Sörnewitz spielte ziemlich hoch und torgefährlich.

Klößche 1 - Wilsendorf 1 3:1.

Klößche, die technisch Besseren, hatten einen schweren Stand gegen die anspruchsvollen Wilsendorfer. Jedoch zeigten sich die Einheimischen wieder einmal von der angemachten Seite.

Albertstadt 1 - Ottendorf 1 6:1 (0:1).

Helios 3 - Dohna 2 1:1; Pirna 3 - Neustadt 3 1:3; Helios 1. Jgd. - Röthig 1. Jgd. 1:3; Pirna 1. Jgd. - Dohna 1. Jgd. 0:4.

Amliche Bekanntmachungen des 2. Fußballsbezirk der Sachsischen Spielvereinigung, 4. Kreis 2. Bezirk

13. Hauptrichterprüfung. 13. Oktober 1928.

Neustadt. Willy Kühl erhält ab 1. 11. 26 Spielgenehmigung für Neustadt, die Zeit vom 29. 9. bis 31. 10. gilt als Rächerzeit.

Ölschnakenbrück. Spiel fällt aus.

BVB. Melde eine Knabenmannschaft. Spielfeldung für diese: Weißes Hemd, schwarze Hose.

Gehrig. Melde 1. Jugend.

Großenhain. Spiel bleibt, wie im Rundschreiben angezeigt, bestehen.

Coswig. 3. Mannschaft wurde irrtümlich gestrichen infolge eines Schreibfehlers. Diese Mannschaft nimmt weiter an der Serie teil.

BVB. Neue Spielfeldung für alle Mannschaften, außer Knaben:blaue Hosen, rotes Jersey mit blauen Aufschlägen.

Pieschen. Genossen Werner wird angewiesen, in Zukunft öfters Tabelle zu bringen.

DVB. Ein diesbezüglicher Bundesbeschluss besteht nicht, erl. Kobl.

DVB 10. Spiel 222 fällt aus, da schon ausgetragen. Spielgeschwindigkeit für David abgelehnt.

Neue Aufschlüsselung:

BVB Riesa: Paul Wächter, Riesa, Salzstraße 16.

BVB 12: Kurt Otto, Altmühlendorf, Kaiserstraße.

Döbeln: Paul Vorstein, Dresden-U., Viechtstraße 8, port.

Der Hauptrichterprüfung weist den Vorwurf der Gerichtsamtserneuerung, das noch widerholter Mahnung im Hauptrichterpräsidium leitens der Kommission der Ausbildung keine Verbesserung getroffen habe, zurück. Die Anfragen der Berichterstatter sind nicht an den Hauptrichterpräsidium, sondern an den Genossen Werner persönlich gerichtet worden.

Zu Spiel 01 1 - Deuben 1 hat der Genosse Kohl house den Nachweis erbracht, daß beide Bundesfahrmärkte im Mitgliedszirkus geliebt sind.

Das Spiel um die Bezirksmeisterschaft (Auscheidungsspiel der beiden Gruppenmeister) findet Mitte November statt.

Beim Samariterpiel Burg - Radebeul wurden den Sommernächtern 17.10. M. überwiesen.

Spieldokumente geben von jetzt ab an die Zentraladresse,

nicht mehr an den Genossen Werner persönlich.

Schiedsrichter-Bereitstellung. Achtung! Vereine! Wir

hören auf die Anforderungen von Schiedsrichtern die neue Werte

hätten. Alfred Lampert, Dresden 3, Weißerthuser 60, II, zu benutzen. A.

Herr Lampert, Dresden 3, Weißerthuser 60, II, zu benutzen. A.

Wasserballspiele. Altkönig-Ost 1 - Radebeul 1 11:2; Altkönig-Ost

- Schiller - Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Schiller - Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Altkönig-Ost 3 11:1; Neustadt 2 - Döhlen - West 2 2:6. -

Zur Rolle der Schlichtungsbehörden

Aus der Statistik über ihre Tätigkeit im Jahre 1925.

Das Schlichtungswesen ist nach dem Erlass der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 groß ausgedaut worden. Es gab im Jahre 1925 119 Schlichtungsausschüsse und 24 Schiedsgerichte. Im Jahre 1924 gab es 21. Außerdem waren 19 Schlichter, welche bekanntlich jeder für einen größeren Wirtschaftsbereich zuständig ist, tätig. Dieser große Apparat spielt seit 1924 eine immer größere Rolle in der deutschen Arbeiterschaft. Der Bericht des Reichsarbeitsministeriums über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1925 gibt ein Bild darüber, in welcher prozent und tiegenden Weise die Schlichtungsbehörden in die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft eingreifen. Wir entnehmen dieser Statistik die wichtigsten Zahlen (die eingeschlossenen Zahlen gelten für das Jahr 1924):

Die Schlichtungsausschüsse hatten im Jahre 1925 insgesamt 12.300 Schlichtungsverfahren zu erledigen, gegenüber 16.485 im Jahre 1924. Die ständigen Schlichter und die vom Reichsarbeitsministerium in einzelnen Fällen bestimmten besonderen Schlichter erledigten 1058 Schlichtungsverfahren gegenüber 2006 im Jahre 1924. Es zeigt sich also gegenüber dem Jahre 1924 ein nicht unerheblicher Rückgang in der Zahl der Schlichtungsverfahren. Dennoch aber ist die Anzahl der Verfahren so groß, und die praktische Erfahrung bestätigt, daß fast alle Tarifstreitigkeiten vor die Schlichtungsausschüsse kommen. In dem Rückgang der Zahl der Schlichtungsverfahren kommt also ohne Zweifel ein Rückgang der Kraft der Lohnbewegungen Arbeitszeitbewegungen usw. gegenüber dem Jahre 1924 zum Ausdruck.

Bei diesem Rückgang spielt eine entscheidende Rolle die Tatsache, daß es dem Unternehmertum mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse und der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gelungen ist, in steigendem Maße zum Abschluß langjähriger Tarifverträge zu kommen.

Die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wird besonders deutlich durch die Statistik darüber, von welcher Seite die Schlichtungsausschüsse zur Einleitung des Schlichtungsverfahrens aufgefordert wurden. Von den durch die Schlichtungsausschüsse erledigten Verfahren waren 957 von den Unternehmern beantragt, dagegen 1118 von den Gewerkschaften und 23 von Unternehmen und Gewerkschaften. In 182 Fällen wurde das Verfahren von Amts wegen eingeleitet. Die meisten Schlichtungsverfahren bezogen sich auf die Regelung der Lohn- und Gehaltsbedingungen. Von den 1058 Verfahren der Schlichter wurden 151 von den Unternehmern beantragt, dagegen 674 von den Gewerkschaften, 119 von Gewerkschaften und Unternehmenorganisationen und 114 von Amts wegen eingeleitet. Diese Statistik bestätigt nur die Tatsache, daß sich die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer seit Jahren immer mehr um die Benutzung der Schlichtungsbehörden dreht.

Von den Verfahren vor den Schlichtungsausschüssen betroffen waren die Arbeiterschaft, 1780 die Angestelltenchaft und 77 Arbeitnehmer und Angestellte gleichzeitig.

Interessant sind auch die Zahlen über die Erledigung der Schlichtungsverfahren. Von den durch die Schlichtungsausschüsse geführten Schiedsgerichten wurden 3177 (44%) von beiden Seiten angenommen, 270 Schiedsgerichte waren auf Grund der §§ 75, 76, 78, 79 des Gesetzes sofort bindend, also Zwangsschiedsgerichte. Abgesehen davon einer oder beiden Seiten 1239 (49%) Schiedsgerichte. Die übrigen Verfahren wurden durch Einigung in der Verhandlung ohne Schiedsgericht erledigt. Von den 1058 Verfahren der Schlichter wurden 595 durch Schiedsgericht erledigt, von ihnen 275 von beiden Seiten angenommen und 320 von einer Seite beladen abgelehnt. Die übrigen Verfahren wurden durch Einigung u. u. erledigt.

Besonders großes Interesse hat nach dem Hamburger Hafenarbeiterkampf und den sonstigen Erfahrungen für die Arbeiterschaft die Statistik über die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Insgesamt wurden bei den Schlichtern 265 Verbindlichkeitserklärungen beantragt gegenüber 3193 im Jahre 1924 und beim Reichsarbeitsminister wurden 211 gegen 308 im Jahre 1924 beantragt. Bei diesen Zahlen fällt zunächst auf, daß die Gesamtzahl der Verfahren auf Verbindlichkeitserklärung gegenüber dem Jahre 1924 noch nicht einmal um 10 Prozent angestiegen ist, während die Gesamtzahl der Schlichtungsverfahren um über 25 Prozent aufgestiegen ist. Daraus ergibt sich, daß die Verträge auf Verbindlichkeitserklärung von Schiedsgerichten im Verhältnis zu dem Rückgang der Gesamtzahl der Schiedsgerichte nicht unerheblich angewachsen sind. Es ist also offensichtlich eine Tendenz zur verstärkten Anwendung des Prinzips der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsgerichten zu verzeichnen. Bei der Stellungnahme der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bedeutet das die größte Gefahr für das Streikrecht der deutschen Arbeiterschaft. Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsgerichten wurde in 265 Fällen, dazu noch von den Gewerkschaften, beantragt, während die Unternehmer die Verbindlichkeitserklärung in 521 Fällen beantragten. In 39 Fällen wurde die Verbindlichkeitserklärung durch die Behörden selbst eingetragen. Tatsächlich ist verbindlich erklärt wurden im ganzen 707 (50%) Schiedsgerichte. In 1872 Fällen kam es vorher zur Einigung und in 1127 Fällen wurde die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt.

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Tressal.

(38. Fortsetzung.)

Während sie das Bier hinuntergeschossen, nahm Croak einen Stock aus der Westentasche und stieß ihn in den Schlund des Philpots. Der Wirt legte eine neue Platte auf, und es klang: „Die Mädchenvon Java“. Der Halbbesoffene konnte mühselig den Text des Refrains, und als die Musik erklang, stand er schwankend auf, blieb sich stolz um und begann in den höchsten Tönen zu größen:

„Die Mädchenvon Java, die sagen niemals nein,“

„Ihr Blut fließt wie Quo, ihr Herz ist nicht von...“

„Hältst du Paul, du?“ schrie der „Alte Freund“ wütend. „Ich hab' dir schon mal gesagt, daß ich in meinem Hause solche Sachen nicht dulde!“ Der Halbbesoffene hielt verwirrt an. „Ich hab' doch keinen bösen wollen,“ meinte er entschuldigend zur Gesellschaft.

„Du holt dich gar nicht mäßig zu machen,“ meinte der „Alte Freund“ mit finsterem Gesicht. „Zum Kochmachen schaue ich wo anders hin. Je eher, je lieber. Bist sowieso schon zu lange da.“

Das war richtig. Der Mann war lange genug da, um auch den letzten Pfennig auszugeben. Er hatte nun kein Geld mehr; eine Tasche, die der aufmerksame und erfahrene Wirt bereits erkannt hatte. Er wollte ihn jetzt los werden, ehe er bestimmt ins Bettrunnen war.

Der Halbbesoffene hörte mit Empörung und wässerner Wut auf die beleidigenden Reden des Wirtes.

Beruhigt und zugewandt, ich gebe, wenn's mit geht, verzeihen Sie? Wer kann Sie denn eigentlich? Niemand findet Sie, niemand. Von untergleichen existieren Sie doch bloß. Ich bleibe, solange wie ich will, und paßt's Ihnen nicht, dann gehen Sie, ich meinewegen zum Teufel!“

„Ich bleibst hier — lo?“ sagte der „Alte Freund“. „Das werden wir ja gleich mal sehen.“ Damit öffnete er die Hintertür und brüllte: „All!“

Der Verlauf der Dinge im Jahre 1926 ist ein solcher, daß mit einer weiteren Abnahme des Schlichtungsverfahrens in ihrer Gesamtzahl als Folge der immer größeren Langzeitigkeit der Tarifvertragsfunktion der Lohnbewegungen zu rechnen ist, bei gleichzeitiger Verstärkung der Tendenz zur Anwendung der Verbindlichkeitserklärungen von Schiedsgerichten. Dabei muß man noch bedenken, daß die Statistik über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsgerichten dadurch ein täuschendes Bild von der Bedeutung derer geben kann, weil Angaben über die davon betroffene Zahl der Arbeiter fehlen. Es ist eine Tatsache, daß es sich gerade bei den verbindlich erklärten Schiedsgerichten um solche handelt, welche große Arbeitersassen treffen. Nur bei Streitigkeiten zwischen großen Industrien oder ganzem Industriegebiet oder ganz Deutschland umfassen, ist überhaupt ein Verfahren auf Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsgerichtes möglich. Man darf sich also nicht durch die verhältnismäßig kleinere Zahl der Verbindlichkeitserklärungen im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Schlichtungsverfahren täuschen lassen. Bei dieser kleineren Zahl handelt es sich gerade um die großen Bewegungen im Bergbau, in der Metallindustrie, chemischen Industrie usw.

So gibt diese Statistik, so mangelhaft sie ist, ein Bild von dem großen Umfang des Schlichtungswesens und seiner Bedeutung für die Arbeiterschaftbewegung. Die Statistik unterstreicht das, was die Arbeiterschaft anlässlich des Hafenarbeiterkampfes so früh gezeigt hat und täglich wieder erlebt: daß Schlichtungswesen als Apparat zur Erdrohung des Streikrechts der Arbeiterschaft und als Waffe davon zur Fernierung leiner Kampftakt. Diese Bedeutung konnte das Schlichtungswesen jedoch nur bekommen durch die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, welche, was sowohl die Statistik wie die Praxis zeigt, die Entwicklung mit allen Kräften unterstützen. Der Bundesvorstand des ADGB hat in seiner Kundgebung, in welcher er seine Stellung zum Hamburger Hafenarbeiterkampf und zur Verbindlichkeitserklärung von Schiedsgerichten darlegte, sich grundsätzlich auf den Boden der bedingungslosen Anerkennung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsgerichten als der Ausprägung des Streikrechts gestellt. Er erklärt in der Kundgebung, daß es besser sein würde, wenn die Mehrzahl der Arbeiter in den Gewerkschaften organisiert wären. Aber auch dann bleibt der Grundatz bestehen, daß die Gewerkschaften gegen freie Tarifverträge und gegen Zwangstarifverträge (was sind verbindlich erklärte Schiedsgerichte) nicht streiken und keine Streikausführung zulassen können. Man kann dann vielleicht für die Abhaltung der Verbindlichkeitserklärung eintreten, aber auch dann besteht die Streikfreiheit nach dem Bundesvorstand des ADGB nur „im Rahmen der föderalen Staatsgrundsätze“. In deutscher Sprache heißt das: im Rahmen der von der Bourgeoisie dictierten Grenzen, also wiederum das kampflose Sichfügen gegenüber den Zwangstarifverträgen.

Die Ereignisse, welche mit dem Hamburger Hafenarbeiterkampf zusammenhängen, haben die Gefahr der Beseitigung des Streikrechts mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der gesamten deutscher Arbeiterschaft kennzeichnet. Die obigen Zahlen unterstreichen die Größe dieser Gefahr und zeigen, wie beständig sie wächst. Es wird die Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsopposition sein, mit Hilfe der gesamten Arbeiterschaft den Zerriss der Gewerkschaften, der die Folge dieser Entwicklung sein müßte, zu verhindern. Der Weg hierzu ist die Überwindung der großen Macht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zum Kampf gegen die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und zur Organisation einer kampffähigen Front durch die gewerkschaftlichen Betriebsniederwerker in den Betrieben und Zahlstellen mit den Betriebsräten gegen die Unternehmeroffensive.

Beschlüsse des ZK der KPD und des ZK des KTB der Sowjetunion

Die „Pravda“ veröffentlicht folgende Beschlüsse des Politbüros des ZK der KPD der Sowjetunion über die Falle der Beleidigung der Parteidisziplin:

1. Das Politbüro stellt die Tatsache der außerordentlichen Beleidigung der Parteidisziplin von Seiten der bedeutendsten Vertreter der Opposition fest, die entgegen den Beschlüssen der Partei (14. Kongress) der Partei eine Diskussion aufzwingen versuchten und dadurch die Parteineinheit gefährdeten. Für besonders empfindend hält das Politbüro diese Beleidigung der Parteidisziplin seitens der Genossen Trotski, Sinowjew und Bajkov (deren Auftreten in den Avtoprovok-Werken), weil diese Genossen nicht allein verantwortungslose Arbeiter, sondern auch Mitglieder des ZK sind, deren elementare Pflicht die Verteidigung der Beschlüsse des ZK ist. In Abwehr dessen richtet das Politbüro an die Zentralkontrollkommission die Bitte, alle diesbezüglichen Fälle der Beleidigung der Parteidisziplin zu prüfen und beurteilen, die Frage der voreiligen Sitzung des Plenums des ZK und der ZKK zu unterbreiten.

2. Am 4. Oktober hat das Politbüro eine Entschließung angenommen, die im Zusammenhang mit dem Auftreten einiger Mitglieder des ZK (der Genossen Trotski, Sinowjew und Bajkov) in den Zellen der Moskauer Organisation, das spätere Begründung dieser Mitglieder des ZK der Sowjetunion, der Genossen Sinowjew, am 7. Oktober in der Zelle der Pavillon-Werk in Leningrad eine spätere, die Partei und das ZK der KP der Sowjetunion diskreditierende Rede hält. In diesem Vortrag erreicht das Politbüro eine besonders böswillige Beleidigung der Parteidisziplin und es beschlägt, die Frage über die unerlaubte Beleidigung der Parteidisziplin zu erneutern. Das Politbüro hebt mit Bezugnahme auf die entsprechenden Vorschriften der Parteidisziplin die entsprechenden Parteistrafen zu unterbreiten. Das Politbüro hebt mit Bezugnahme auf die unerlaubliche Widerstand davor, den die Leningrader kommunistischen Arbeitern der desorganisatorischen Tätigkeit Sinowjews entgegengebracht haben.

(Angenommen am 8. Oktober 1926.)

Das ZK des Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion hat einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Das ZK des KJB der Sowjetunion hat die Frage der straffesten, parteidienlichen Arbeit des Oppositiionsblades innerhalb der Partei und des Kommunistischen Jugendverbands, sowie das desorganisatorische Vorgehen der Oppositiionsführer in den Zellen der Moskauer und Leningrader Organisationen der KP der Sowjetunion gegen die Partei und gegen deren führende Organe: das ZK und die ZKK, geprüft. Das ZK des KJB der Sowjetunion verurteilt auf das entschiedenste die verbrecherischen, späterlichen Handlungen der Opposition, die gegen die Einheit der KP gerichtet sind und somit die Diktatur des Proletariats in unserem Lande erschüttern.“

Der Schleier über die Klassenjustiz

In der letzten Zeit veranlaßten die Richter eine Menge Tagungen zu dem ausgesprochenen Zweck, eine Gegenaktion gegen die immer weitere breite erfassende Erkenntnis der Klassen- und parteipolitischen Einstellung der Richter.

In Berlin wurde die Wehrwoche von dem Justizminister Belli norgemommen. Zeit hat in Kassel eine Richter-Tagung stattgefunden, auf der Ministerialrat Schweizer die Ausgabe einer Zusage zu erhalten hatte. Er erklärte, daß die Richter sehr viel Arbeit haben, doch es sei begreiflich sei, daß die Richter von den Februarfeiern abrufen, daß die Richter dem Schutz der Bevölkerung dienen. Dann versicherte er, daß die Unabhängigkeit der Richter gewahrt bleiben müsse. Selbstverständlich ernannte er den Beifall der Versammlung.

Der Vorsitzende des Richtervereins, Dr. Bracht, gab einen Jahresbericht in dem er erklärte, daß die Richter „absolut politisch-neutral“ seien. Die Richter bestätigen sich ihre Objektivität. Mögen sie einmal die Arbeiter fragen.

Man nahm dann einen Beschluss an, in dem man sich auf den „Boden der Republik“ stellt. Nachdem man sich dann etwas über die Bildungsarbeit unterhalten und sich wiederholt bestätigt hatte, daß man wirklich eine objektive Gesellschaft sei, ging man auseinander. Die Zeichen des Klassen-Richter-Vertrages sind die von Köln, es bleibt alles so, wie es gewesen ist. Man hört kein Wort der Kritik. Die demokratische Presse überbrückt das wieder in Jubel ob der Verfolgungstreue der Richter. Die gesamte Bourgeoisie deckt die Klassenjustiz.

Geschlechterliche Verschleierungversuche des SPD-Vorstandes

Berlin, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Parteivorstand riefte aus Anlaß der SPD-Wahlkampf einen Aufruf an die Partei, der sich hauptsächlich mit den Kommunisten beschäftigte und das Verhalten der SPD in der Hochsozialistfrage verteidigte. In dem Aufruf des „Vorwärts“ heißt es: „Jedermann muß sich mit Ziel und Verachtung abwenden von den Verleumdungen und Beschimpfungen, mit denen die sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Vergleich nicht zu. Sie verprüft sich aber auch nichts von einer Abteilung.“ Es kommt dann die übliche Begründung der sozialdemokratischen Fraktion und das Gefasel über den täglichen Kampf in der Kommunistischen Partei. Zum Schlusse werden die sozialdemokratischen Arbeiter feierlich beschworen, für die Partei zu arbeiten.

Gewerkschaftliches

Alle oppositionellen Jugendlichen im Metallarbeiterverband kommen am Dienstag, den 19. Oktober, in den „Kaufbechhof“, Raulbachstraße; abends 7.30 Uhr. Thema: „Metallarbeiterjugend und Kongress der Werktätigen“.

Selbmann's Haferkakao

Pfund Grenadierstraße
60 Pt. und Filialen

„Ja, Herr,“ erwiderte eine Stimme, offenbar aus dem Keller.

„Komm mal 'n Augenblick 'rauf!“

„All right,“ sagte die Stimme, und man hörte Tritte auf der Treppe.

„Jetzt wirst du aber 'n Spaz erleben,“ sagte Croak zu Gaston in heiterer Erwartung.

Das Halbphönix spielte noch immer: Die Mädchen von Java. Philpot ging zum Halbbesoffenen. „Setz doch vernünftig. Menjo,“ räunte er ihm zu, „und geh' ruhig nach Hause, du ziehst ja doch den Kürzeren.“

„Ich denke nicht dran,“ sagte der andere eigenständig. „Hier bin ich, und hol's der Teufel, hier bleibe ich auch.“

„Ach, nicht doch!“ sagte Philpot überredend. „Hör auf meinen Rat!“ Wir trinken jetzt noch einen Schoppen, und dann gehen wir zusammen. Ich bring dich sicher nach Hause.“

„Bring dich sicher nach Hause! Was meinst du damit?“ fragte der andere beleidigt. „Du hältst mich wohl nicht belogen?“

„I wo, keine Spur,“ widersprach Philpot hastig. „Du bist ganz nüchtern, genau so nüchtern wie ich. Aber hört doch auf mich, wir wollen zusammen abhauen. Die ganze Nacht willst du ja ohnehin nicht hierbleiben.“

„Ich war Alles an der Hintertür. Er war ein stämmiger, junger Mensch von circa 22 Jahren.

„Kaus mit dem da,“ knurrte der Wirt und zeigte auf den Schläbigen.

Der Kellner sprang über den Zahltisch, öffnete weit die Eingangstür und wendete sich dann zu dem halbbesoffenen Mann. Mit dem Daumen deutete er rückwärts auf die Tür.

„Wirst du gehen?“

„Ich werde es mit diesem Herrn hier noch einen Schoppen trinken —“

„Ja“, sagte Philpot zum Wirt. „Geben Sie uns noch zwei Gläser Bier, und damit soll's gut sein.“

„Kümmer dich gefällig um deine Sachen,“ schrie ihn der Wirt wütend. „Er kriegt nichts mehr. Ich dulde keine Besoffen in meinem Geschäft. Was mischt du dich überhaupt ein?“

„Na los!“ kommandierte der Kellner den Ueberer der ganzen Aufzugsburg. „Kaus!“

„Nein“ sagte der Halbbesoffene fest. „Nicht, ehe ich meinen Schop —“

Doch ehe er noch aussprechen konnte, hörte ihn der Kellner beim Kragen gepackt, schleppete ihn zur Tür und stieß ihn mit aller Kraft hinaus, daß er bis zur Mitte der Landstraße flog, wo er wie ein haufen Ungefähr liegen blieb.

„Dem ist rocht geschehen,“ sagte Croak.

„Man mußte doch lachen, wie er da so durch die Tür flog, was?“ meinte Bündni.

„Du lännest auch Verstand genug haben, dich da nicht einzumischen,“ sagte Croak zu Philpot. „Was geht denn dich das an?“

Philpot antwortete nicht. Er lehnte den anderen den Rücken und spazierte über den Schauspielereinlauf auf die Straße. Dann ging er hina

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte für Dresden

A

A

Billig und gut kaufen Sie

Anzüge u. Arbeitsgruben, Arbeitsanzüge
für 6.50 Mark, nur bei **L. W. Kowitz**,
Dresden-A., Ziegelstraße 41, neben Café.

Zigarren-Zigaretten-Tabake

J. Holmann, Breite Straße 20 25156

Wurst- und Aufzehrungsgeschäft
R. Schumann Nachfolger

Friedberger Platz 12 25156

Blauer Laden

Blauer Laden

Restaurant zum Schugut

Bier- u. Speisegastst., Kl. Gast- u. Vereinsraum

Ziegelstraße 56 25035

Donßwöhle

Golf, Rosse & Co.

Familiencafé, Platz 22/24

Karl Weise

Zigarettengeschäft - Weiß- und

Röntgenwaren Kaufhausstraße 17/19

Dresden-A., Ziegelstraße 41, neben Café.

Kaffee-Schokolade

Kaffee, Tee 28021

Mita Schallreih. Pult, Str. 65

Albert Brätlück

Lebensmittel aller Art

Gütermarkthallestraße 15/16/17

Ecke Ammendorfstraße

Richard Schädel

Leder-Schuhgeschäft

Ammendorfstraße 21 25154

Bei Absatz des Inserates 5 Prozent Rabatt!

Berufs-, Arbeiter- u. Sportbekleid.

K. Richard Birn, Ziegelstraße 17 25035

Ring-Drogerie

Friedberger Straße 11, Ecke Ammendorfstraße



Radio

Spezialität: Lautsprecherausstattung

mit: Röhre, Batterie, Verstärker, Werkzeuge

und Zubehör, alle Modelle

Die neuesten Modelle

Verkaufsstelle: Friedberger Platz 12

Beginn: 1. April 1935

Fordern Sie Prospekte und Kataloge

S. Schmidt & Sohn

Reparatur- u. Anbauarbeiten

Elektro- u. Mechanische Reparaturen

Reparatur- u. Anbauarbeiten

Elektro- u. Mechanische Reparaturen</